

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:  
Erich Kitzinghaus, Berlin.  
Sprechsprecher: Aimi Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:  
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8  
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abnahme beiderseits 4 Wochen vor dem Drucktermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Juli 1932

Int. Institut  
des Geschiedenis  
Amsterdam

Verlumpf.

Die Verkommenheit des Bürgertums.

SPD. Es sieht fast so aus, als ob es bei den Deutschnationalen zu dämern beginne. In Hannover hat der Abgeordnete Quatz, einer der Getreuesten Hugenbergs, eine recht scharfe Rede gegen das Hitlertum gehalten. Der Nationalsozialismus, so führte er aus, bedeutet den halben Weg zu Bürgerkrieg und Bolschewismus. Es fehle ihm die notwendige Einsicht in die Dinge der Wirtschaft und der Politik. Den Hitlerleuten müsse - bildlich gesprochen - von den Deutschnationalen die Peitsche um die Ohren geschlagen werden, damit sie lernten, mit den Deutschnationalen zu rechnen. Es sei nicht nötig, dass deutsche Frauen jedem sich prügelnden Braunhemd Lorbeerkränze winden, usw.

Die Erkenntnis von dem gefährlichen Charakter der Hitlerei kommt den Anhängern Hugenbergs reichlich spät, und es kann nur komisch wirken, wenn Herr Quatz in derselben Rede das Grossziehen der Nationalsozialisten durch Hugenberg damit zu rechtfertigen sucht, dass es aus Rücksicht auf die deutsche Spiessbürgerei geschehen sei. Der Erfolg ist, dass die deutschen Spiessbürger den Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und den diesen verwandten Gruppen in hellen Scharen davon gelaufen sind, um hinter der Hakenkreuzfahne herzulaufen. Die bis dahin von Herrn Quatz eifrig unterstützte Politik des Herrn Hugenberg hat das vollständigste Fiasko erlitten.

Aber ein Satz aus der hannoverischen Rede verdient noch besonders unterstrichen zu werden. Es ist der von den kränzewindenden deutschen Frauen. Nur möchten wir ihn nicht auf die Frauen beschränkt wissen. Er hat Geltung für sehr grosse Teile des Bürgertums ohne Rücksicht auf das Geschlecht. Seit Monaten rast der Mord durch das Land, und seit der Aufhebung des Uniformverbots sind in Deutschland Zustände eingerissen, die jedem Begriff von einem Kulturstaate Hohn sprechen. Was man öffentliche Sicherheit nennen könnte, ist nicht mehr vorhanden. Leben und Eigentum aller derer, die nicht zur Hakenkreuzfahne schwören, sind aufs schwerste bedroht. Der Terror herrscht und neben ihm breitet sich die niederträchtigste Verleumdung aus. Keine Lüge ist den Nationalsozialisten zu infam, als dass sie sie nicht gegen den politischen Gegner schleuderten. Keine Hetze zu gemein, als dass sie sich ihrer nicht bedienen. Man braucht nur auf den nationalsozialistischen Antrag hinzuweisen, in dem die Frau des Berliner Polizeivizepräsidenten Weiss in den Schmutz gezogen wird.

Und zu alledem nicken weite Kreise des sogenannten Bürgertums wohlwollend Beifall. Sie finden das alles in der Ordnung oder im besten Fall entschuldigen sie die wüsten Ausschreitungen mit dem Hinweis auf die Jugend und das Temperament derer, die sie begehen. Sie fahren fort von der Notwendigkeit zu reden, die aufbauwilligen und nationalen Kräfte des Nationalsozialismus zur Regierungsverantwortung heranzuziehen. Bluttaten und Aufforderung zur Gewalt schrecken sie nicht und stossen sie nicht ab, da sie ja sicher sind, dass nur die "rote Bestie" unter ihnen leidet. Leute, die sonst von Moral übertrieben, und die ihrer Entrüstung nicht genug tun könnten, wenn das, was bei den Na-

tionalsozialisten geschieht, im Lager der Sozialdemokratie vor sich ginge, oder wenn die mehr als zweideutigen Persönlichkeiten, die drüben eine grosse Rolle spielen, sich etwa auf der Linken hervortäten, schweigen oder bekunden offen ihr Einverständnis mit dem Hitlertum.

Als vor einigen Tagen ein Mitglied des Reichsbanners in der Nähe von Dessau erschossen wurde, rief eine Dame der sogenannten guten Gesellschaft aus: "Schade, dass es nicht Seger gewesen ist!" (Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete in Anhalt) Das war so eine kränzewindende deutsche Frau. Wenn der Fall vereinzelt wäre, könnte man über ein solches hysterisches Weib zur Tagesordnung übergehen. Aber er ist nur ein Symptom der politischen und sittlichen Verkommenheit innerhalb der Bozrgeselle.

Und dann lese man beispielsweise die der Regierung Papen so nahenstehende Berliner "Deutsche Allgemeine Zeitung" vom Dienstagmorgen. Selbst die Wiederherstellung des Uniformverbotes, so schreibt sie, würde im gegenwärtigen Stadium nicht mehr ausreichen: "Der Hintergrund dieser Zusammenstösse ist ein politischer Kampf, der die tiefsten Tiefen der Nation aufgewühlt hat und der bis zum Siege durchgeführt werden muss, - und zwar bis zum Siege der Rechten." Mit anderen Worten: Mord und Totschlag sind gerade gut genug, um der Rechten zum Siege zu verhelfen.

Wenn es in Deutschland so weit gekommen ist, dass wir allen Anlass haben uns vor dem gesamten Ausland zu schämen, wenn die Nationalsozialisten Gewalt predigen und Gewalt verüben dürfen, wenn ihre einzige sogenannte geistige Waffe die niederträchtigste Verleumdung der Andersdenkenden ist, dann trägt einen gewaltigen Teil der Schuld die Feigheit und die moralische Ver lumpung bürgerlicher Schichten. Die Verantwortung für das, was geschehen ist, und für das Schlimmere, was vielleicht noch geschehen wird, werden sie ebenfalls mitzutragen haben.

-----

SPD. Saarbrücken, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Saarnazis wiederholten in der Dienstag-Sitzung des Landesparlamentes das Hitlertheater ihres Reichstagsauszuges, allerdings mit ausserordentlich schlechter Regie.

Während der Präsident des Landesrates bekannt gab, dass die Hitler-Fraktion nicht mehr erscheinen und nicht mehr mitarbeiten würde, sass der Führer der Saarnazis mit aufgesperrter Nase, Ohren und Mund auf seinem Platz und war so masslos verblüfft, dass er kein Wort herausbringen konnte. Sein an und für sich schon nicht sehr geistreiches Gesicht drückte ein solches Mass von dummem Erstaunen aus über diese Palastrevolution im Braunen Hause des Saargebietes, dass der Saar-Landesrat diese Nazigrotte komödie unter einem tödlichen Gelächter begrub.

In Wirklichkeit erfolgte der Naziauszug lediglich aus Furcht vor der Verantwortung. Die Notverordnungs massnahmen der Regierung Hitler-Schleicher-Papen wirken sich mit ihren Rentenkürzungen auch im Saargebiet katastrophal aus. Andererseits hat die Lausanner Tributpolitik keine Änderung des Versailler Vertrages, keine Wiedergutmachung des Saarunrechtes etc. gebracht. Da sich die Nazis im Saarparlament schliesslich von Sitzung zu Sitzung immer mehr blamierten und bereits ein ständiges Gespött der Sitzungen waren, haben sie jetzt fluchtartig das Saarparlament verlassen. Die Sorge für die Wohlfahrt der Bevölkerungsrechte gegenüber der ausländischen Regierung überlassen diese Demagogen den "vaterlandslosen Gesellen".

-----

SPD. Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Wels und Dr. Breitscheid wurden am Dienstag nachmittag bei dem Reichsinnenminister Freiherrn von Gayl vorstellig, um ihn angesichts der Blutbilanz der letzten Tage noch einmal auf das Anwachsen des SA-Terrors hinzuweisen. Die Abgeordneten machten Herrn von Gayl mit Nachdruck darauf aufmerksam, dass weiteres Verharren der Reichsregierung in Untätigkeit zu Folgen führen müsse, für die die Reichsregierung die Verantwortung zu tragen habe.

-----

SPD. Frankfurt/M., 12. Juli (Eig. Dr.)

In der Nähe von Niederursel wurden zwei Jungsozialisten, die aus Frankfurt von einer Kundgebung heimkehrten, von einigen hundert Nazis von ihrem Motorrad gerissen und schwer misshandelt. Ebenfalls in Niederursel wurde ein Radfahrertrupp der Eisernen Front von Nazirosdies mit Eisenketten und Eisenstangen angegriffen, misshandelt und seiner Fahne beraubt. In Obereschbach wurde ein grösserer Trupp Anspacher Parteifreunde von Nazis aus dem Hinterhalt überfallen und blutig geschlagen. Auch sie befanden sich auf dem Heimweg von einer Kundgebung in Frankfurt.

Am Spielplatz in Zeilsheim wurden Mitglieder der Arbeiterjugend von einem grossen Trupp Nazis, die planmässig aus ihren Lokalen ausgerückt waren, überfallen und schwer misshandelt.

-----

SPD. Die gesamte ausländische Presse widmet den zum Bürgerkrieg gediehenen Vorgängen in Deutschland seit Tagen die grösste Aufmerksamkeit und breitet den Raum. So veröffentlicht beispielsweise der "Manchester Guardian" einen Artikel mit der Überschrift "Die Nazitruppen in Berlin". In diesem von dem Berliner Korrespondenten geschriebenen Bericht heisst es:

"Berlin gleicht einer von einer fremden Armee okkupierten Stadt. Die SA-Männer marschieren in ihren gelb-braunen Uniformen durch die Strassen, selbstbewusst und arrogant, in ganzen Abteilungen oder in einzelnen Gruppen. Ihre Kuriere eilen auf Fahrrädern oder Motorrädern einher, ihre Offiziere in Automobilen.

Wer Zeuge des Ruhreinmarsches der Franzosen gewesen ist, dem wird diese Besetzung des Ruhrgebietes lebhaft in Erinnerung gerufen, wenn er jetzt Berlin besucht; mit dem einzigen Unterschied, dass das Benahmen der Franzosen besser gewesen ist, wie das der SA-Männer - die französischen Offiziere und Privatleute waren höflicher. Gewiss haben damals die Franzosen Ausschreitungen begangen, aber es gab weder eine tägliche Liste von Excessen, wie es jetzt hier der Fall ist, noch haben die Franzosen vollkommen unschuldige Menschen aus reinem Rassevorurteil beleidigt und geschlagen.

Diese SA-Männer sind viel besser mit den Separatisten des Rheinlandes zu vergleichen, die im Einverständnis mit den Franzosen während des Jahres 1923 die rheinischen Städte durchstreiften, und die Haltung der deutschen Regierung gleicht sehr der der französischen."

Der Bericht sagt dann, so wie die damalige französische Regierung zur "Rheinischen Republik" stand, nicht zusagend und nicht abgeneigt, so stehe die heutige deutsche Regierung zum "Dritten Reich". Dort Sympathie mit den rheinischen Separatisten - hier Sympathie mit den SA-Männern. Aber hier wie dort, Separatisten oder SA: es seien in der Hauptsache Menschen der Unterwelt ("gangsters") und Tunichtgute. "Genau wie die Separatisten", heisst es dann im "Manchester Guardian" weiter, "sind die SA-Männer mehr als eine öffentliche Belästigung, sie sind eine Plage, auf die sich ein Hass konzentriert, der allein durch die grosse Disziplin der friedlichen Bevölkerung in Schranken gehalten wird."

-----

SPD. Halle, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

In Halle herrschen seit dem misslungenen Ueberfall auf das Arbeiterheim in Halle anlässlich der Löbe-Kundgebung die reinsten Wildwestzustände. Am hellen Tage, geschweige des Nachts, sind die Träger der drei Pfeile ihres Lebens nicht sicher.

In der Nacht zum Dienstag wurden 20 Angehörige eines Reichsbanner-Spielmannzuges, die von einer Veranstaltung heimkehrten, von 200 uniformierten und bewaffneten Notverordnungsjacken überfallen und furchtbar zugerichtet. Einem Teil wurden die Instrumente gestohlen. An verschiedenen Stellen wurde das Kleinpflaster aufgerissen und als Wurfgeschoss benutzt. Die Hitlerkosaken kamen aus einer Versammlung, in der sie "gegen Rotmord und Gummiknüppel" protestierten. Der Nazi-Landtagsabgeordnete Jordan hatte dort Anweisung gegeben, die SA-Versammlungsbesucher sollten, falls die Versammlung aufgelöst würde, den Anweisungen der Polizei keine Folge leisten. Die bezahlten Uniformträger (Polizei), die er als Sadisten bezeichnete, sollten in Russenkittel gesteckt werden. Ihre Namen seien in Kartotheken zusammengestellt und es würde mit jedem im Dritten Reich abgerechnet werden. Weder bei dieser Bedrohung griff die Polizei durch noch als Jordan das Notwehrrecht proklamierte mit der Aufforderung: Schlagt die Marxisten, wo Ihr sie trefft! Wie diese Aufforderung wirkt, sollte sich bald zeigen.

Am Dienstag nachmittag verlangten einige SA-Leute kategorisch die Herausgabe der letzten Nummer der "Welt am Montag", in der Hitlers Kaiserhof-Rechnung behandelt wird, aus einem von der Sozialdemokratie zu Wahlreklamezwecken gemieteten Schaufenster. Das freche Ansinnen wurde natürlich abgelehnt. Nach kurzer Zeit erschien ein Nazi-Ueberfallwagen, dessen Besatzung über die ahnungslos vor dem Schaufenster Stehenden herfiel, die Scheibe einschlug und nach vollbrachter Tat wieder spurlos verschwand. Wie unbekümmert diese Gesellen auf Halles Strassen hausen, beweist, dass einem Strassenbahnwagen die Gleise versperrt wurden und sich niemand fand, der den Burschen auch nur entgegentrat.

-----

SPD. Mit welcher Spannung und Sympathie die gesamte internationale Arbeiterklasse und die sozialistische Internationale den Abwehrkampf der deutschen Arbeiterklasse gegen den Maschismus verfolgt, das hat sich vor allem bei dem Verbot des "Vorwärts" in zahllosen Telegrammen und Kundgebungen gezeigt. Täglich unterrichten die ausländischen Bruderorgane ihre Leser in langen Artikeln über die Vorgänge und Ereignisse in Deutschland. Bewundernd anerkennen auch die demokratischen Zeitungen des Auslandes den einzig in der Welt dastehenden Opfermut und das Heldentum der freiheitlich gesinnten deutschen Arbeiterschaft, die in der "Eisernen Front" täglich und stündlich ihren bedröhten und tausendfach erprobten Ausdruck findet. Es ist in der Arbeiterschaft aller Länder und in ihrer Presse nicht genug des Rühmens über die, auch für die Interessen der Arbeiterklasse und der Demokratie der ganzen Welt, geleisteten Arbeit durch den gewerkschaftlich und sozialdemokratisch organisierten Teil des deutschen Proletariats.

Als äusseres Zeichen ihrer Sympathie und Anerkennung hat nunmehr die Exekutive der englischen "Labourparty" beschlossen, der "Eisernen Front" und damit der deutschen Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften eine Kampfesfahne überreichen zu lassen. Diese Exekutive setzt sich zusammen aus den Vorständen der englischen Gewerkschaften und der politischen Arbeiterorganisation. Unter dem Vorsitz des Abgeordneten und Parteiführers Lansbury hat die "Labourparty" einstimmig und begeistert diesen Beschluss gefasst und Ellen Wilkinson, die Führerin der englischen Arbeiterfrauen beauftragt, diese Fahne in Berlin zu überreichen. Ellen Wilkinson trifft am nächsten Sonnabend in

der Reichshauptstadt ein. Wir brauchen nicht zu betonen, wie sehr die um Freiheit und Leben ringende deutsche Arbeiterklasse, die deutsche Sozialdemokratie und die Gewerkschaften, diese Tat der englischen Arbeiterschaft und ihrer "Labourparty" schätzen und begrüßen als ein wertvolles Unterpfand internationaler Solidarität und Brudertreue.

Wir begrüßen heute schon die Fahne und ihre Trägerin mit dem Ruf und Schwur der "Eisernen Front": Herzlich willkommen - Freiheit!

-----

SPD. Paris, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Kammer hat am Dienstag-Vormittag um 11½ Uhr nach fast 20stündiger Debatte die Finanzvorlage mit rund 50 Stimmen Mehrheit angenommen. 305 Abgeordnete stimmten für die Regierung, 170 gegen sie. 125 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten.

Die Regierungsmehrheit setzt sich zusammen aus der radikalen Fraktion mit Ausnahme von ein oder zwei Mitgliedern (rund 158), der radikalen Linken (45), den Sozialrepublikanern (25), einigen 30 Mitgliedern der beiden Fraktionen der unabhängigen Linken, etwa 20 Linksrepublikanern (Fraktion Flandin), 15 katholischen Demokraten, einigen Mitgliedern der Rechtsparteien und zwei oder drei Sozialisten. Die Minderheit besteht aus Sozialisten mit Ausnahme der erwähnten zwei oder drei Mitglieder (129), den Kommunisten (10), der Partei der Arbeitereinheit (9), einigen Mitgliedern der unabhängigen Linken, einem Teil der Fraktion Marin und der unabhängigen Rechten. Stimmenthaltung übten Mitglieder der unabhängigen Linken, ein Teil der Gruppe der Linksrepublikaner, die Fraktion Tardieu (36), die Fraktion Pernot (18), die grosse Mehrheit der Fraktion Marin (etwa 35) und der unabhängigen Rechten (etwa 10) sowie die Elsässer und die Gruppe der sozialen und wirtschaftlichen Aktion.

Die Haltung Herriots in der Frage der Reserveübungen, die diesen Mehrheitswechsel herbeigeführt hat, ist nicht, wie man annehmen könnte, durch einen Zufall während der Debatte bestimmt worden. Man hatte erwartet, dass die Regierung angesichts der Haltung der Radikalen, die ursprünglich zum grössten Teil für die Abschaffung der Reserveübungen waren, nicht die Vertrauensfrage stellen würde. Man hatte damit gerechnet, dass der Senat den betreffenden Artikel ablehnen würde. Für diesen Fall war man sich bei den Linksparteien bereits im Stillen über eine Transaktion einig geworden, die darauf hinzielten, die Reserveübungen nur zu verkürzen. Die Regierung wäre also niemals in Gefahr gekommen.

Die Änderung der Politik Herriots ist bewusst erfolgt. Tatsache ist, dass dem Ministerpräsidenten, dem nie an der Zusammenarbeit mit den Sozialisten etwas gelegen war, die Unterstützung der Sozialisten wegen ihrer abweichenden Auffassungen in der Finanz- und in der Abrüstungsfrage, die ihn in Zukunft zu häufigen Konzessionen hätten veranlassen müssen, nicht mehr erwünscht war. Er hat daher bei der ersten Gelegenheit auf die Unterstützung der Sozialisten verzichtet. Kriegsminister Paul Boncour und Finanzminister Germain Martin haben ihn in dieser Auffassung gestärkt, der eine vom militärischen, der ander vom finanziellen Standpunkt aus. Vor den Ferien könnte diese neue innerpolitische Situation der Regierung nur dann gefährlich werden, wenn sie sich angesichts des kläglichen Ergebnisses der Finanzvorlage genötigt sehen sollte, die Kammer um die Genehmigung zur Ausgabe neuer Schatzbonds zur Deckung des Bedürfnisses der Staatskasse zu bitten. In diesem Falle wäre es sehr leicht möglich, dass ein grosser Teil der Abgeordneten, die sich am Dienstag der Stimmen enthalten haben, gegen die Regierung stimmen würden. In der Aussenpolitik dürfte der Regierung dagegen keine Gefahr drohen. Die vorgesehene aussenpolitische Debatte wird aller Wahrscheinlichkeit nach nicht stattfinden.

Der Senat, dem der Budgetminister am Dienstag-Nachmittag die Finanzvor-

lage überreichte, hat beschlossen, die Vorlage erst am Freitag zu diskutieren. Die Kammer hat, da ihr die Absicht des Senats bekannt auf, die zweite Lesung der Finanzvorlage auf Sonnabend vertagt. Sobald sich Kammer und Senat über einen einheitlichen Text geeinigt haben, wird die Regierung das Schlussdekret verlesen.

-----

SPD. Hitler zappelt wie der Fuchs im Eisen. Er und seine Leute versuchen, die Schuld der Nazipartei am Hungerdiktat hinwegzuleugnen und zu bestreiten, dass Hitler das Kabinett der Barone ausdrücklich gebilligt hat.

Sie arbeiten mit einstweiligen Verfügungen gegen die Wahrheit und finden Richter, die ihnen bei solchen Verfügungen beistehen. Das Amtsgericht Altona hat unter dem 11. Juli 1932 auf Antrag Adolf Hitlers als Vertreters der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei e.V. (!) eine einstweilige Verfügung gegen den preussischen Landtagsabgeordneten Paul Bugdahn, Redakteur am sozialdemokratischen "Hamburger Echo" erlassen. Durch diese einstweilige Verfügung wird dem Antragsgegner bei Vermeidung einer vom Gericht festzusetzenden Geld- oder Haftstrafe die Verbreitung folgender Behauptungen - wörtlich - verboten:

"dass Hitler das Kabinett von Papen billige, dass die NSDAP oder ihr Führer für die Einführung der Salzsteuer sowie für die Erweiterung der Umsatzsteuer verantwortlich sind,

dass die NSDAP als Gegenleistung für die Aufhebung des SA-Verbots und des Uniformverbots eine Kürzung der Renten und eine neue Belastung der Erwerbstätigen bewilligt hat."

Als einziges Beweisstück für den Erlass der einstweiligen Verfügung gegen das "Hamburger Echo" ist eine eidesstattliche Versicherung - nicht des Herrn Hitler, sondern des "Gauinspektor" Lohse, stellvertretender Vorsitzender der Nazifraktion des preussischen Landtags, vorgelegt worden, in der bestritten wird, dass die Nazis das Papen-Kabinett tolerieren, und in der weiter bestritten wird, was gar nicht behauptet worden war, dass aus den eingesparten Rentenbezügen die neuen SA-Uniformen bezahlt worden seien. Dass aufgrund einer solchen eidesstattlichen Versicherung irgendeines Parteiangestellten das Amtsgericht die einstweilige Verfügung erliess, macht diesen Vorgang noch skandalöser. Das allerschönste aber ist, dass die Rechtsanwälte Hammerstein und Stamer in Altona, die im Auftrag Hitlers die Verfügung erwirkt haben, ihren Antrag gestellt haben aufgrund einer bereits im Jahre 1930 ausgestellten Prozessvollmacht Hitlers für alle gegenwärtigen und künftigen Prozesse!

Dieser Kampf mit einstweiligen Verfügungen gegen die Wahrheit und gegen die Wahlfreiheit ist verfassungswidrig! Dass sich Richter finden, die diesem Missbrauch noch Vorschub leisten, ist ein Zeichen für die Politisierung der Justiz! Diese Tendenzjustiz wird so wenig vergessen werden wie die Richter, die daran teilnehmen!

Aber die Wahrheit kann durch die Tendenzjustiz nicht unterdrückt werden, und Hitlers Ablehnungsversuche sind umsonst! Es ist ein neuer Zeuge gegen ihn aufgestanden. Es ist der deutschnationale Spitzenkandidat für Osthannover, Hauptmann a.D. Schmidt, ein besonderer Vertrauensmann Hugenbergs, der gute Beziehungen zu dem Kreis um den Reichspräsidenten hat. Er beschäftigte sich nach dem deutschnationalen Berliner "Tag" in einer Rede ausführlich mit der NSDAP und erklärte, sie stehe auf Grund besonderer Ahmachungen der Regierung Papen erheblicher näher als die DNVP., denn sie habe dieser Regierung Tolerierung zugesagt und dafür die Aufhebung des Uniformverbotes und die Auflösung des Reichstages erhalten. Schmidt sagte dabei wörtlich: "Ich fordere die Führung der NSDAP hierdurch auf, den Gegenbeweis hierfür anzutreten."

Schmidt behauptet also ebenso wie Heinrich von Gleichen vom Herrenklub, dass besondere Abmachungen zwischen der Reichsregierung und der NSDAP bestehen!

Da hilft kein Leugnen mehr! Hitler ist verantwortlich für das Hungerdiktat!

-----

SPD. Köln, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Als in Köln zur Durchführung einer Wohnungsräumung, die von einer grossen kommunistischen Menschenmenge mit Gewalt verhindert werden sollte, eine polizeiliche Abteilung von 30 Mann eingesetzt wurde, wurden die Polizeibeamten mit 6 Schüssen empfangen. Ausserdem wurden sie mit Flaschen beworfen. Ein Polizeibeamter erhielt einen Schulterschuss. Die Polizei benutzte schliesslich auch ihre Schusswaffe. Ernstlich verletzt wurde jedoch niemand.

In dem Kölner Arbeitervorort Sülz wurde die Polizei bei der Räumung der Strassen von Ansammlungen, die sich gelegentlich eines Umzuges von SA-Abteilungen gebildet hatten, aus den Häusern mit Flaschen und Steinen beworfen, sodass die Beamten von der Schusswaffe Gebrauch machten. Zwei Leute erhielten Schüsse in den Oberschenkel und in die Hand. Eine Gruppe von 30 SA-Leuten fiel über einen Schwerekriegsbeschädigten her und misshandelte ihn derart, dass er ins Krankenhaus geschafft werden musste.

In Trier ist der Reichsbannerkamerad, der am Sonntag von Nazis durch 5 Schüsse verletzt worden war, gestorben. Die freien und christlichen Gewerkschaften haben dem Reichsinnenminister und dem preussischen Innenminister von diesem Mord telegraphisch Kenntnis gegeben und entsprechende Massnahmen gegen den Naziterror gefordert, "andernfalls die Arbeiterschaft zum Selbstschutz gezwungen sei".

-----

SPD. Einen neuen Beweis für die "Unschuld" der Schützlinge und Pflegekinder des Freiherrn und gegenwärtigen Innenministers von Gayl liefert ein Mordversuch an dem Vorstandsmitglied des Berliner Reichsbanners Max Wölfel.

Am Dienstag früh 4½ Uhr, als sich der 55jährige Reichsbannerkamerad zur Arbeit begeben wollte, wurde er in der Nähe seiner Wohnung von zwei SA-Leuten hinterrücks überfallen. Die uniformierten Totschläger drehten ihm die Arme auf den Rücken und warfen ihn zu Boden. Im gleichen Augenblick stürmten aus einer in der Nähe befindlichen SA-Kaserne etwa zehn Mann herbei, die den Wehrlosen mit Schlagringen, Eisenstangen und Knüppeln bearbeiteten. Dem ohnmächtig daliegenden Arbeiter wurde buchstäblich der Unterkiefer herausgeschlagen, ein Bein gebrochen und zahllose Tritte gegen Leib und Kopf mit den Stiefelabsätzen versetzt. Als einige Passanten zur Hilfe eilten, flüchteten die Mörder in die SA-Kaserne, holten Verstärkung, die mit gezogenen Pistolen gegen die Passanten anrückten. Eine Polizeistreife vertrieb den Haufen und konnte einige bewaffnete Strolche festnehmen. Alle Zeugen berichten übereinstimmend, dass der viehische Ueberfall planmässig ausgeführt wurde. Die beiden ersten Hitlergardisten hatten lange vorher Wache gestanden, bis der Ueberfallene aus seiner Wohnung herauskam.

"Noch nicht", sagte Herr Gayl, als ihm schon vor Wochen die Untaten der Salzsteuersoldaten und Notverordnungsjacken dokumentarisch bewiesen wurden. "Nicht mehr lange" sagt die Arbeiterschaft und das Gesindel der Unterwelt wird hinweggefegt.

-----

SPD. Wittenberg, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Die "Kemberger Zeitung" vom 12. Juli teilt mit, dass der Nazi-Kreisleiter Ritterbuch in Wittenberg auf einem sogenannten "Deutschen Abend" den SA-Leuten den direkten Befehl erteilte, die Marxisten zu schlagen, wo sie nur welche treffen. Er forderte die Hitler-Ordnen ferner auf, sich mit Waffen zu versehen denn der Befehl, dass SA-Leute, die sich im Besitz von Waffen befänden, ausgeschlossen würden, bestehe nicht mehr.

-----

SPD. Amtlich wird zu den Vorstellungen der sozialdemokratischen Abgeordneten Wels und Breitscheid bei dem Reichsinnenminister folgendes mitgeteilt

"Der Reichsminister des Innern empfing heute Nachmittag auf ihren Antrag die Vorstandsmitglieder der SPD, die Abgeordneten Wels und Dr. Breitscheid, die dem Minister das von der Partei gesammelte Material über die politischen Zusammenstösse der letzten Zeit überreichten. Die Herren machten weiter darauf aufmerksam, dass sie die Lage in Deutschland im Augenblick als besonders ernst ansähen und forderten Massnahmen zur Wiederherstellung der Ruhe und Sicherheit. Insbesondere stellten sie die Wiedereinführung des Uniformverbots als notwendig hin. Der Minister erklärte, dass er Provokationen, von welcher Seite sie auch kämen, missbillige und es auf das äusserste bedauere, dass es infolge solcher Provokationen zu blutigen Zusammenstössen gekommen sei. Die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sei jedoch zunächst Sache der Landesbehörden. Das Reichskabinett werde, nachdem nunmehr der Reichskanzler zurückgekehrt sei, zu der innerpolitischen Lage alsbald Stellung nehmen. Die Wiedereinführung des Uniformverbotes lehnte der Minister ab."

+ + +  
Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung ist "zunächst Sache der Landesregierungen" - sagt Herr von Gayl. Dennoch fällt die Verantwortung für die blutigen Geschehnisse der letzten Zeit ausschliesslich auf die Reichsregierung. Der Erlass der letzten politischen Notverordnung mit der generellen Aufhebung des Uniform- und Demonstrationsverbotes schliesst diese Verantwortung in sich. Dieser Erlass ist gegen den Willen der grossen Mehrzahl der Landesregierungen erlassen worden. Ihnen jetzt dennoch die Verantwortung für die Auswüchse der Notverordnungsjacken zuzuschieben, heisst den tatsächlichen Sachverhalt verschieben.

-----

SPD. Warschau, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

In der Ortschaft Jadow, unweit von Warschau, kam es zu blutigen Zusammenstössen zwischen der Bauernbevölkerung und der Polizei. Die Ursache der Zwischenfälle war eine vor kurzem eingeführte erhöhte Marktgebühr für diese Ortschaft. Da die Bauern sich weigerten, diese Gebühren zu entrichten, sperrte die Polizei den Marktplatz. Die Zahl der wartenden Bauernwagen wurde immer grösser, bis einige Agitatoren erschienen, die die Bauern gegen die Polizei aufhetzten. Schliesslich ging die Menge mit Steinen gegen die Polizei vor, die ihrerseits mit Feuersalven antwortete. Drei Personen wurden getötet, etwa 20 weitere, darunter auch Polizisten, verletzt.

-----



SPD. In seiner Freude über die Einigung in Lausanne, hat der französische Ministerpräsident einer deutschen Journalistin, die ihm über den Weg lief, einen Kuss gegeben! Entsetzlich! "Schändung der deutschen Frau", "Brandmal, das wieder abgewischt werden muss" schreit es in der Nazipresse und im Organ des Stahlhelm schreibt ein Generalleutnant Waechter: "sicher ist diese Journalistin nur eine der deutschen Sprache mächtige, aber niemals eine "deutsche" Frau gewesen!"

Wie die Herren so "national" sind und entrüstet tun, wenn es sich um eine deutsche Frau handelt, die einmal von einem Ausländer einen Kuss bekommt. Wieviel deutsche Herren und Offizierskollegen des Herrn Generalleutnants während des Krieges Küsse an ausländische Frauen, Französinnen, Polinnen, Serbinnen und selbst an Araberfrauen verteilt haben, darüber ist wohl der Herr Exkronprinz und Hitlerfreund der beste Sachverständige. Auch zahllose deutsche Prinzessinnen, die ausländische Prinzen geheiratet haben, sind sachverständig. Nicht zuletzt: Prinz Auwi, Nazi-Abgeordneter des preussischen Landtages, dessen Grossmutter eine leibhaftige Ausländerin war. Wehe aber, wenn eine gewöhnliche Sterbliche aus Deutschland... - da schäumt das Naziherz!

Idioten und Heuchler ist das einzige Wort, das man diesen Nazibetrügnern zurufen kann.

-----

SPD. Darmstadt, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Die Reichsleitung der Zentrumsparlei scheint Hessen zum Versuchskarnickel für eine "schwarzbraune Koalition" ausersehen zu haben. Jedenfalls wird auch von der hessischen Zentrumspresse zugegeben, dass in den mit der hessischen Nazigauleitung geführten Verhandlungen eine grundsätzliche Einigung über die Ämterverteilung dahin erzielt sei, dass der bisherige nationalsozialistische Landtagspräsident Werner Staatspräsident wird und das Innen- und Kultusministerium verwaltet, während der Zentrumsmann Kirnberger das Finanz-, Justiz- und Arbeitsministerium beibehalten soll. Das Zentrum wünscht jetzt noch "bindende Sicherungen" hinsichtlich der Auslieferung der Polizeimacht an die Nazis und deren kulturelle Absichten.

Die hessische Nazipresse hält die Wahl Werners zum Staatspräsidenten am Donnerstag bereits für gesichert, doch will man dem Zentrum als "weitgehendes Zugeständnis" nur das Justizministerium zubilligen und auch dieses möglichst mit einem Fachminister besetzen. Man erwartet in Nazi-Kreisen, dass die Koalitionsverhandlungen am Mittwoch abend zum positiven Abschluss gebracht werden.

-----

SPD. Den Notverordnungsjacken und Salzsteuersoldaten ist ein neues Opfer überreicht worden. Das Nazi-Ministerium von Anhalt hat das sozialdemokratische Dessauer "Volksblatt" für zehn Tage verboten.

-----

SPD. Darmstadt, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

In Gimsheim (Rhein Hessen) kam es in der Nacht zum Montag zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, wobei Schüsse gewechselt wurden. Ein Kommunist erhielt einen Bauchschuss, ein anderer einen Rückenschuss. Zwei Gimsheimer Nationalsozialisten Remy und Weickert wurden als Täter verhaftet.

-----

SPD. Brüssel, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Streik im belgischen Industriegebiet breitete sich am Dienstag auf eine Anzahl Betriebe der Glas-, Eisen- und Kohlenindustrie aus, auch Steinbrüche noch nicht betroffener Gebiete in Südbelgien, Flandern und in der Nähe von Brüssel wurden stillgelegt.

Am Dienstag vormittag tagte der sozialistische Generalrat im Brüsseler Volkshaus. Nach eingehender Aussprache wurden die Forderungen der Arbeiterbevölkerung in einer Entschliessung niedergelegt. Sie entsprechen im wesentlichen den von den Arbeiterorganisationen des Streikgebiets gefassten Beschlüssen. Es sind: keine Brotverteuerung, Schluss mit jeder Verminderung der Löhne und der Erwerbslosenunterstützungen, Verteilung der vorhandenen Arbeitsgelegenheiten, sodass kein Arbeiter dauernd erwerbslos bleibt, 40 stündige Arbeitswoche.

Am Nachmittag kam in der Kammer eine grosse Interpellation zur Verhandlung. Der Bergarbeiterführer Delattre begründete die Forderungen der Arbeiter. Der katholische Arbeitsminister, der sofort antwortete, zeigte sich versöhnlich und versprach, sofort Verhandlungen mit den Zechenbesitzern einzuleiten, um zu einem Vergleich zu kommen. Der Führer der christlichen Gewerkschaften erklärte sich mit den sozialistischen Forderungen in weitgehendem Masse solidarisch. Eine gewisse Ueberraschung bereitete es, dass auch der liberale Führer Deveze, der zu Unternehmerkreisen Beziehungen unterhält, eine ausserordentlich arbeiterfreundliche Rede hielt. Offenbar haben die ernststen Ereignisse in den Industriegebieten auf das Bürgertum und die Regierung einen tiefen Eindruck gemacht und ihnen die Notwendigkeit entsprechender Zugeständnisse nahegelegt. Weniger versöhnlich zeigte sich Ministerpräsident Renclin, der zwar nicht in herausforderndem Tone, aber immerhin nachdrücklich erklärte, die Regierung sei entschlossen, Ruhestörern gegenüber mit allen Mitteln und der grössten Festigkeit einzuschreiten.

Immerhin wäre es bei der offenbar durch Furcht eingegebenen Versöhnlichkeit der bürgerlichen Parteien und der Regierung beinahe gelungen, eine fast einstimmige Entschliessung der Kammer herbeizuführen, wenn die Katholiken und Liberalen in ihrem Entwurf nicht der Regierung das Vertrauen der Kammer für ihre Haltung hätten aussprechen wollen. Dafür waren die Sozialisten natürlich nicht zu haben. Sie bestanden auf der Abstimmung für ihre Entschliessung. Da aber die katholisch-liberale Mehrheit bei der Stimmung in der Arbeiterschaft es nicht wagte, eine sozialistische Entschliessung niederzustimmen, wurde von der Abstimmung am Dienstag abgesehen, um bis zum Mittwoch einen weniger gefährlichen Abschluss der Kammerdebatte zu ermöglichen.

Inzwischen hat die Arbeiterschaft einen ersten Erfolg zu verzeichnen. Die Senatskommission beschloss am Dienstag, die Vorlage bezüglich des Getreideeinfuhrzolls auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Die Brotverteuerung ist damit abgewehrt. Der Generalrat der Arbeiterpartei wird im Laufe der Woche noch einmal zusammentreten, um im Lichte der Beschlüsse der Regierung und des Parlaments zu der weiteren Entwicklung der Streikbewegung Stellung zu nehmen.

-----  
SPD. London, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Im englischen Parlament berichtete MacDonald am Dienstag vor gedrängt vollem Hause über das Lausanner Abkommen. Er betonte, dass es sich um eine Endlösung der Reparationsfrage handle, die irgendwie jeder wirtschaftlichen Schwierigkeit der letzten Jahre zugrunde gelegen und alle Staatsbudgets in Europa verfälscht habe. Solange durch die Beseitigung der Reparationen nicht die Stellung Deutschlands als eines Elements im Welthandel geklärt sei, gäbe es auch für England keine Erholung.

MacDonald erwiderte dann auf Angriffe Churchills, der am Montag in einer Unterhausrede dargelegt hatte, man hätte vor dem Abschluss einer europäischen Reparationsregelung den Ausgang der Wahlen in Amerika abwarten müssen. Er,

MacDonald, habe auf Wahlen solange gewartet, bis seine Geduld am Ende gewesen sei. Der lange Zeitraum zwischen der Baseler Expertenkonferenz, die die Dringlichkeit einer Lösung betonte, und Lausanne gereiche niemand zur Ehre. Jedesmal, wenn man an das Problem herangehen wollte, habe ihm irgend eine Wahl im Wege gestanden. Auf die amerikanischen Wahlen habe man nicht auch noch warten können.

MacDonald sprach dann von den Schwierigkeiten, die sich daraus ergaben, dass Reparationen und Kriegsschulden sowohl von Amerika als auch von Deutschland als getrennte Fragen angesehen werden. Herr von Papen habe stets gegenüber MacDonalds Vorstellungen sich grundsätzlich auf den Standpunkt gestellt, dass Reparationen und Kriegsschulden nichts miteinander zu tun haben. So habe Amerika nicht herangezogen werden können und die Europäer müssten zunächst einmal ihr Haus allein in Ordnung bringen. Auf Churchills und die in der Presse geäußerten Vorwürfe über die geheimen Abmachungen, welche die Mächte über die Ratifizierung getroffen hätten, indem sie von der Lösung der Schuldenfrage mit Amerika abhängig gemacht wurde, erwiderte MacDonald, er habe in der Schlussatzung in aller Offenheit und in Anwesenheit der Journalisten auf eine Frage Papens erwidert, dass im Falle einer Nichtratifizierung des Lausanner Abkommens eine neue Konferenz stattfinden werde, dass man also Deutschland nicht auf den Youngplan zurückfallen lassen werde. Ueber Amerika sagte MacDonald, er sei überzeugt, dass kein Volk in der Welt so bereit wie das amerikanische sei, den Engländern aus ihren Schwierigkeiten herauszuhelfen, obwohl sich die Amerikaner bisher zu nichts verpflichtet haben.

MacDonald schloss mit dem Hinweis darauf, dass in Lausanne Europa nur seine internen Fragen geklärt hätte. England habe vielleicht auf dem Papier Geld geopfert, aber es habe der Wirtschaft eine Chance zur Erholung gegeben. Die Vorbereitungen hätten bereits begonnen für den zweiten Teil der Konferenz, nämlich der Weltwirtschaftskonferenz. Amerika werde sich an ihr beteiligen. Sie werde nicht in Genf stattfinden.

-----

SPD. Die "Berliner Börsen-Zeitung", das Fachblatt des Herrn Hitler für stramm nationale Volksausbeutung und Zinsknechtschaft, schreibt im politischen Teil ihres Börsen- und Aktienzettels zu den bürgerkriegsähnlichen Zuständen und den Plänen der Hitlerbarone:

"Wir glauben zu wissen, dass sich das Kabinett bereits grundsätzlich zu Taten entschlossen hat, zu einem umfassenden und durchschlagenden Eingreifen in jene Zustände, deren Beseitigung aus sachlichen und politischen Gründen, vor allem aber im Interesse der Reichsautorität immer dringender wird. Die Form, in der dieses Eingreifen erfolgen soll - eine Frage, die vom Reichskabinett offenbar noch diskutiert wird - ist u.E. nicht so wichtig. Hauptsache ist, dass rasch gehandelt wird, so oder so, und dass sich nicht zwischen dem prinzipiellen Entschluss und seine Ausführung noch allerlei formale Bedenken einschalten, die, wenn man ihnen Raum gibt, am Ende gar noch zu einem negativen Ergebnis führen könnten, das die um die Länderfronde besorgte Linke schliesslich als einen Erfolg ihrer Gesundbeterversuche ausposaunen könnte. Nochmals: Es ist keine Zeit zu verlieren."

Was sollen diese Andeutungen des halboffiziösen Hitlerblattes? Was fordert Herr Hitler von seinen Baronen weiter? Was ist ihm zugesagt? Etwa der Ausnahmezustand, etwa das Verbot der KPD oder gar der Eisernen Front? Wir erwarten schnellstens Klarheit, damit wir wissen, was die Stunde geschlagen hat.

-----

SPD. "Bürgerkrieg - Bürgerkrieg" hallt es aus den Ueberschriften und Meldungen der deutschen Presse. Der Nazimord rast durch die deutschen Gaue, von Aachen bis Beuthen, von Flensburg bis Konstanz, überall blitzen die Dolche, sausen die Eisenstangen, krachen die Revolver gegen die freiheitlich gesinnte Arbeiterschaft. Auf den Strassen winden sich die Opfer in ihrem Blut, in den Wohnungen weinen die Mütter, Frauen und Kinder. Aber selbst die Wohnungen sind nicht mehr sicher vor Hitlers Horden, sie stürmen bereits in die Häuser und zerstören die Einrichtungen der Gewerkschaften.

Ein einziges Land ist noch verhältnismässig ruhig und verschont: Bayern. Aber auch dort marschieren bereits wieder die Notverordnungsjacken, weil es Herr von Gayl so gewollt hat. Deshalb beginnt sich das bayerische Volk zu organisieren, um dem Terror der Braunen Häuser, wenn er auch dort beginnen sollte, den Mut zu kühlen.

Ähnlichen Zeichen allgemeiner Abwehr begegnen wir jetzt auch in den nördlichen Teilen des Reiches. In Trier wurde am Sonntag ein Reichsbannermann durch fünf Nazischüsse schwer verletzt. Er ist inzwischen gestorben. Die freien und die christlichen Gewerkschaften Triers haben deshalb Telegramme an den Reichsinnenminister und an den preussischen Innenminister gesandt, in denen Schutz gegen den Naziterror gefordert wird "andernfalls die Arbeiterschaft zum Selbstschutz gezwungen sei". In Essen haben tausend Vertreter evangelischer Arbeitervereine auf einem Kongress eine Entschliessung gegen Terror und Diktaturgelüste angenommen und für die politische und soziale Gleichberechtigung und Freiheit der Arbeiterklasse. Franz Behrens, der Führer der evangelischen Arbeiter, einst deutschnationaler Abgeordneter, erklärte, es wäre besser mehr über die Feigheit der Besitzenden von 1918 zu reden, als über die Auswirkungen des Marxismus.

Allenthalben erkennt die Arbeiterschaft aller Parteien und Richtungen, wohin die Reise des Judas Hitler und des Handlangers der Barone geht und wohin sein Bürgerkrieg führt. Aus diesem Grunde schreibt auch am Dienstag das Blatt der christlichen Gewerkschaften "Der Deutsche":

"Die Situation ist zum Platzen. Wir können jeden Augenblick mitten im schlimmsten Geschehen stecken, wenn die Regierung sich nicht dazu aufschwingen kann, durch energische, unparteiische Massnahmen die weitere Entwicklung des Bürgerkrieges zu verhindern. Dann wird sie schuldig gesprochen werden müssen, weil sie zwar eine nationale Konzentration wollte, aber die nationale Zersetzung erreichte."

-----  
SPD. Prag, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Ministerpräsident Herriot hatte am Dienstag eine eingehende Besprechung mit dem englischen Botschafter Lord Tyrell, über die weder von französischer noch von englischer Seite etwas verlautet. Die Unterhaltung dürfte sich auf die Lausanner Beschlüsse, besonders auf die Haltung Englands und Frankreichs gegenüber Amerika in der Kriegsschuldenfrage bezogen haben.

-----  
SPD. Prag, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Der bei einer Flugzeugkatastrophe verunglückte tschechische Schuhkönig Theodor Bata war, wie aus Zlin gemeldet wird, zu einer Geschäftsreise nach der Schweiz aufgestiegen. Bata wollte dort eine neu gegründete Fabrik besichtigen, mit deren Leitung er seinen Sohn Anton betraut hatte.

Ueber dem Flugfelde lag, als der Start vor sich gehen sollte, dichter Nebel. Der Pilot weigerte sich deshalb, den Flug anzutreten. Eine Stunde später folgte er jedoch dem Befehl Bata's und startete. Warum die Maschine kurz

nach dem Aufstieg abstürzte, steht noch nicht fest. Das Flugzeug ging völlig in Trümmer. Von der Kabine wurde der hintere Teil abgerissen; er blieb unverseht. Bata befand sich jedoch während des Unglücks nicht in der Kabine, sondern im Führerstand. Mit dem gleichen Flugzeug sollte in Begleitung Bata's der Sohn des tschechischen Ministerpräsidenten Udrzal nach der Schweiz fliegen. Er musste aber wegen Passeschwierigkeiten zurückbleiben. Es wird vermutet, dass Bata, wie gewöhnlich, seinem Piloten unmögliche Befehle gegeben hat und dass er so die Katastrophe selbst herbeiführte.

Die Nachricht von dem Tode Bata's verbreitete sich mit Windeseile. In der Fabrik Bata's und ihren Filialen, die in allen tschechoslowakischen Städten und beinahe allen Dörfern bestehen, wurde die Arbeit nicht unterbrochen.

-----

SPD. Dessau, 12. Juli (Eig. Drahtb.)

Der Verlag des von der anhaltischen Nazi-Regierung auf 10 Tage verbotener sozialdemokratischen "Volksblatts" hat gegen das Verbot Beschwerde eingelegt.

Das Verbot wird begründet mit einer Kritik an dem Urteil des Reichsgerichts, das ein Verbot des "Vorwärts" und der "Kölnischen Volkszeitung" für zulässig erklärte, mit einer Kritik an dem allgemeinen Treiben der SA-Horden und einer Darstellung des "Volksblatts" über das Wüten der Dessauer SA in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag. Diesem Treiben fiel ein Reichsbannerführer zum Opfer.

-----

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

# Glossen

ERSCHINUNG DER WOCHE

Der erste Nationalsozialist.

SPD. Der Berliner Anführer der Hitlerschen Bürgerkriegsbanden, jener Graf Helldorf, der sein ererbtes väterliches Gut unter den Hammer gebracht hat und dann gegen Sold Bandenführer bei Hitler geworden ist, hat in einer Wahlkundgebung den Preussenkönig Friedrich II., von der Hohenzollernlegende Friedrich der Grosse genannt, als den ersten Nationalsozialisten bezeichnet. Hitlers Bandenführer mag das halten, wie er will. Wir fragen uns nur, was das Vergleichsmoment zwischen Friedrich II. und den Nationalsozialisten ist. Hat Herr Helldorf daran gedacht, dass unter dem Preussenfriedrich sieben Jahre lang Blutgeflossen ist? Oder sieht er das Vergleichsmoment in der besonderen Veranlagung Friedrichs II.? Erblickt er in ihm so eine Art von Vorläufer von Röhm, wenn auch auf etwas andere Manier? Es wäre auch möglich, dass der Helldorf an etwas anderes gedacht hat. Friedrich II. beherrschte bekanntlich die deutsche Sprache nur ganz gebrochen, er schrieb und sprach mit Vorliebe nur Französisch. Es gibt sehr prominente Nationalsozialisten, die auf ganz ähnliche Art national sind. Man braucht nicht gleich an die unaussprechlichen Namen vieler nationalsozialistischer Landtagsabgeordneter in Preussen zu denken, die so sehr nach einer Herkunft jenseits der östlichen Grenzen Deutschlands sprechen, man braucht nur zum Vergleich den obersten literarischen Handlanger Hitlers, den Chefredakteur des "Völkischen Beobachter", Herrn Rosenberg, heranzuziehen. Wenn dieser Rosenberg zu einer Rede den Mund aufmacht, so hat jeder der Zuhörer zunächst das Bedürfnis nach einem Lexikon, um sich diese seltsame Sprache ins Deutsche übertragen zu können. Wir haben nun eben einmal nicht alle das Deutsche auf russischem Boden gelernt! Aber wenn der erste Nationalsozialist die deutsche Sprache nur radebrechen konnte, warum soll dann der Leiter des nationalsozialistischen Zentralorgans verpflichtet sein, fließend deutsch zu reden!

Wenn also der Helldorf Friedrich II. als ersten Nationalsozialisten bezeichnet hat, dann hat er dabei sicherlich an den Rosenberg gedacht. Denn Friedrich II. und der Rosenberg haben das gemeinsam, dass sie finden, dass die deutsche Sprache eine schwere Sprache sei!

Blick hinter die Kulissen.

In Hitlers Parteisalut gibt es einen sogenannten staatstreuen Flügel und einen staatsfeindlichen Flügel. Der staatstreue Flügel besteht aus dem engeren Kreis um Hitler, der einen Pakt mit dem Kabinett der Barone abgeschlossen hat. Zum staatsfeindlichen Flügel gehören der Goebbels und mit dem Goebbels der Graf Reventlow. Von Zeit zu Zeit spucken die Staatsfeindlichen den Staatstreuen in die Suppe. Dann kann es geschehen, dass man interessante Dinge erfährt. So hat der Graf Reventlow in seinem Blättchen gegen die Bundesgenossen seines Parteichefs die folgende enthüllende Deklamation losgelassen:

"Vor allem aber wollen wir nicht, dass wie bisher eine dünne Schicht auf Grund ihres grossen Besitzes einen beherrschenden, ja, überhaupt einen politischen und wirtschaftlichen Einfluss in Deutschland übt oder wiedergewinnt."

Das wird den grossindustriellen Geldgebern Hitlers und den grossagrarisches Gönnern des Kabinetts der Barone von Hitlers Gnaden nicht gerade angenehm klingen. Der Graf Reventlow erzählt weiter:

"Dass der Nationalsozialismus ebenso wenig die anonyme Herrschaft einer unverantwortlichen Organisation wie der Herrenklub dulden wird, braucht nur nebenbei erwähnt zu werden."

Das nennt man doch undankbar! Der Herrenklub designiert eine Regierung von Hitlers Gnaden und schliesst einen Pakt mit Hitler ab, der den SA-Banden und ihren Notverordnungsjacken freie Bahn in Deutschland schafft. Und dann soll diese angenehme Organisation nicht geduldet werden? Aber wer ist der Reventlow? Hitler hat paktiert und die Herren vom Herrenklub sind seiner sicher. Reventlow fährt schliesslich fort:

"Wir wollen weder eine zur Abwechslung im reaktionären Sinne Erneuerung der Carbonari, noch des früheren jungtürkischen Komitees ins Deutsche übersetzt, noch dass der internationale Rotaryklub, der seine Vertreter in Deutschland die deutschen Angelegenheiten beeinflussen zu wollen sich anmassen darf."

Das sind dunkle Andeutungen, hinter denen etwas zu stecken scheint! Es scheint, dass um Hitler und seine Freunde mehr geschoben wird, als man noch geglaubt hat!

#### "Volksgemeinschaft".

Im finstersten Ostelbien hielten die Deutschnationalen in Pollnow bei Kosanke eine Wahlversammlung ab, in der sie über "die Volksgemeinschaft des nationalen Deutschlands" sprechen liessen. Die Volksgemeinschaft, die Hugenberg sich herangezogen hat, trat sogleich in die Erscheinung. Nach einem Bericht der "Pommerschen Tagespost" drehten die Nationalsozialisten das Licht aus, beschimpften Hugenberg und unter Führung des Kapitäns von Zitzewitz stürmten sie mit erhobenen Stöcken zur Bühne, um auf den Versammlungsleiter einzuschlagen. Sie schrien dazu: "Hund, Lump, Verbrecher." Die Polizei griff ein, um die Mannen Hugenbergs vor ihren nationalsozialistischen liebenden Freunden zu schützen. Diese Volksgemeinschaft des nationalen Deutschlands bereitet uns aufrichtiges Vergnügen!

#### Der richtige Ausweis.

Der Naziabgeordnete Streicher, der bei politischen Reden unfehlbar im Sexuellen endet, hat kürzlich an die bayerischen Dirndl eine Aufforderung zum Deutschbewusstsein gerichtet:

"Bayerisches Mädel! Wenn ein Bursch' ans Kammerfensterl klopft, dann frage ihn: "Bist du SA oder bist du SS. Raus mit dem Ausweis!"."

Hat sich was mit dem Ausweis. Denn beim Fensterln pflegt es bekanntlich stockeduster zu sein. Wie soll sich da ein wackerer SA oder SS-Mann ausweisen? Am sichersten mit dem, was beim Fensterln nicht zuhause gelassen werden darf. Ein Naziblatt in Österreich hat kürzlich dafür feste Masstäbe, sozusagen eine Norm, für SA- und SS-Leute angegeben: Nicht unter 22 cm. Es genügt somit, dass jeder SA- und SS-Mann künftig ein geeichtes Zentimetermass bei sich führt, um nach Streicherschem Rezept beim Fensterln an bayerischen Kammerfenstern ausweisen zu können, dass er ein echter SA oder SS aus Hitlers brauner Armee ist!

#### Der Muss-Nazi.

Der Nazipfarrer Stutz in Kriegsheim bei Worms legte sich am Sonntag mit seinem Hund ins Fenster, auf dass seine Gemeinde ihn bewundern könne. Der Hund trug am Hals ein grosses Hakenkreuz. Was ist der Unterschied zwischen dem Pfarrer und dem Hund? Der Hund ist nur ein Muss-Nazi - der Pfarrer aber ein wirklicher. Hunde sind kluge Tiere!

# Aus aller Welt

## Der Schuhkönig.

Das phantastische Leben Theodor Bata - Von der Paputschenwerkstatt in die "Mausefalle".

SPD. Bata war ein leidenschaftlicher Flieger. So flog er auch in den Tod. Ueber das Unglück, durch das dieser so steil ansteigende Lebensweg einen jähen Abschluss fand, wird von der Direktion der Bata-Werke in Zlin (Mähren) ein Bericht herausgegeben. Nach dieser Darstellung ist das von Bata benützte Junkers-Verkehrsflugzeug ungefähr ein Kilometer nach erfolgtem Start aus etwa 700 Meter Höhe abgestürzt. Die Ursache des Unglücks ist bisher noch nicht geklärt.

Theodor Bata ist 57 Jahre alt geworden - genau fest steht sein Geburtsdatum übrigens nicht. Geboren wurde er in dem gleichen Ort, in dem er später wirkte: in dem mährischen Marktflecken Zlin. Sein Vater war "Paputschen-schuster" und doch noch etwas mehr: in ihm lebte schon ein wenig Spekulantentum und Unternehmungslust. Dass es der Vater nicht weiter brachte, lag wohl an seinem Hang zur Verschwendung, auch an seiner Trunksucht. Theodor arbeitete von Kindheit an zu Hause mit; häufig begleitete er den Vater, der von Zeit zu Zeit auch mit Obst handelte auf die Wochen- und Warenmärkte, half beim Transport und Verkauf der Waren. In der Schule und zu Hause scheint er sich aber nie recht wohl gefühlt zu haben; der Vater fand seine Arbeit nicht genügend; die Gehilfen ohrfeigten ihn - kurz entschlossen machte er sich, fünfzehn Jahre alt, mit seinen Ersparnissen in Höhe von 30 Gulden in Döbling bei Wien selbständig, indem er "Mikados" (Wollhausschuhe) zu verkaufen versuchte. Das Geschäft glückte nicht recht; er kehrte nach Hause zurück.

Er wollte wieder dem Vater helfen, wollte Absatzmärkte für die Zliner Heimindustrie suchen, kam nach Prag, sah und - lernte. "Die Entdeckung Amerikas durch Columbus hat in der Welt des Mittelalters nicht eine solche Revolution hervorgerufen, wie die Entdeckung Prags durch mich in meiner Welt" - hat er später von dieser Reise, bei der er zum ersten Mal etwas vom Wesen der Reklame begriff, gesagt. Nach Hause zurückgekehrt kannte er nur noch das Ziel, sich so rasch wie möglich selbständig zu machen. Er lernte richtig Lesen und Schreiben, denn eröffnete er mit einem geborgten Kapital von 800 österreichischen Gulden gemeinsam mit seiner Schwester und seinem Bruder eine Schuhmacherwerkstatt. Er erzeugte Schuhe aus Wollstoff: zu vier Fünfteln war das Unternehmen auf den Verkauf der Erzeugnisse armer bedürfnisloser Heimarbeiter aufgebaut, die damals eben so schlecht bezahlt wurden wie heute.

Das Unternehmen hatte schwere Krisen durchzumachen; Bata wurde mit ihnen fertig. Aus Frankfurt am Main bezog er automatische Schuhmaschinen auf Kredit; der Kauf lohnte. Dann arbeitete er ein Jahr lang gemeinsam mit seinem tschechischen Bruder und Freunden aus der Heimat in den grossen Schuhfabriken in Lynn in dem USA-Staat Massachusetts ( - in dem selben Städtchen Lynn gründete er später, im Jahre 1919, zwei eigene Schuhfabriken, die er aber im Herbst 1927 wieder verkaufen musste.) Nach einem Jahr USA. war das Ziel erreicht: Bata und seine Freunde hatten die amerikanischen Fabrikationsmethoden genau kennen gelernt.



Amerika wurde nach Zlín verpflanzt; aus höherer Leistung seiner Arbeiter sollte das Kapital zur Anschaffung der auf der Reise gesehenen Maschinen herausgepresst werden....

Der Krieg war Bata's grosse Zeit. Es gelang ihm einer der ersten österreichischen Armeelieferanten und gleichzeitig tschechischer Patriot zu sein. Schon am dritten Tage nach Kriegsausbruch hatte der kleine Papuschentfabrikant aus Zlín eine Bestellung auf 50 000 Paar Militärschuhe eingeholt. Und hunderttausende Soldaten sollten noch auf hunderttausenden von Bata-Schuhen in die Schlachten, in den Tod ziehen. An der Front flossen Ströme von Blut, zugleich flossen Ströme von Gold in Bata's Taschen. Niedrige Arbeitslöhne, die praktische und moralische Hilfe der k.k. Regierung und das Fehlen jeglicher Sozialgesetzgebung machten es ihm nicht schwer. Wie ein Hohn klingt sein widerlicher Reklamesatz aus dieser Zeit: "Durch unsere Arbeit trocknen wir die Tränen von Millionen, besonders die Tränen der Mütter, deren grösste Sorge es ist, ihren Kindern Schuhe zu besorgen."

Bata war Herr über Tausende in Zlín. Zu den eingeborenen Heimarbeitern kamen die von den Militärbehörden akkommandierten Schuhmacher und Logerberg, die Krüppel, die man in den Schützengräben nicht mehr gebrauchen konnte; die Kriegsgefangenen. Wer nicht parierte kam ins Loch. Die Militärverwaltung der Firma T. u. A. Bata führte ein strenges Regiment. Aber der Betrieb wuchs, aus 600 Arbeitern wurden 5 000, die Tagserzeugung belief sich auf 10 000 Paar Schuhe. Ganz entsprechend liess Herr Bata für seine Ware auch die Preise steigen...

Erst nach dem Krieg setzte die richtige "Amerikanisierung" ein. Amerikanisierung im Kampf gegen die Gewerkschaften; Amerikanisierung in der Ausbeutung des Personals; Amerikanisierung in den Methoden versuchter Pressebeeinflussung; Amerikanisierung in der Ausdehnung des Unternehmens, in dem zuletzt noch 30 000 Personen beschäftigt waren. Die Einführung des Fließbands und die Verwaltung der Löhne der Arbeiterschaft stellten das Unternehmen auf eine gänzlich neue technische und organisatorische Grundlage. In der Tschechoslowakei unterhielt Bata 1960 Verkaufsstellen, im Ausland 600. Er war der erste, der in riesiger Serienherstellung einen billigen Damenmodeschuh auf den internationalen Markt warf.

International war auch Bata's Ruhm, international der Streit um ihn, den "tschechischen Ford". Im vergangenen Winter demonstrierte in Berlin am Fall Bata in dem Stück "Die Mausefalle" eine anonyme Theatergruppe die "Ethik" des persönlichkeitszerstörenden Kapitalismus. Das Stück wurde auch in der Provinz gespielt; der Erfolg war überall gleich stark. Dieses dramatische Denkmal, das den Mann als Typ seiner Zeit nimmt, ist nicht sein schlechtestes. Diese Zeit ist zu ändern.

Neues Runk-Urteil. In der Berliner Berufungsverhandlung gegen die Brüder Adolf und Friedrich Paul Runk vom Vorstand der Evangelischen Zentralbank wurde die Berufung von Friedrich Paul Runk verworfen. Friedrich Paul Runk war erstinstanzlich zu 2 Jahren 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Bei Adolf Runk wurde das erste Urteil, das auf 2 Jahre Gefängnis lautete, um 3 Monate erhöht.

Selbstmordserie. In Kempen erschoss sich eine neunzehnjährige Oberprimarerin von der dortigen Oberrealschule. Der tragische Vorfall ist der dritte dieser Art an derselben Schule innerhalb einer Woche.

Universitätsschlägerei. Die Berliner Universität wurde am Dienstag auf Veranlassung des Rektors abermals geschlossen. Es war zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und republikanischen Studenten gekommen, weil unbekannte Täter von einigen anlässlich der Langemark-Feier niedergelegten Kränzen die Schleifen abgerissen hatten. In der Verurteilung der Tat waren sich alle Studenten einig. Trotzdem beschuldigten die Nationalsozialisten ohne jeden berechtigten Anlass die republikanischen Studenten. Der "Deutsche Studentenverband Gross-Berlin", die Spitzenorganisation aller republikanischen Studenten und die "Sozialistische Studentenschaft" erklären, dass die Verdächtigung der republikanischen Studenten umso ungeheuerlicher sei, als der Deutsche Studentenverband am Sonntag selbst an der Gedenkfeier teilgenommen und einen Kranz zu Ehren der Toten von Langemark niedergelegt habe. In ihrer Erklärung heisst es weiter: "Es besteht aller Anlass, anzunehmen, dass diese Aktion auf eine planmässige Provokation der Nationalsozialisten zurückzuführen ist. Die republikanischen Studenten Berlins protestieren dagegen, dass das Andenken der Toten von Langemark geschändet und zum Anlass parteipolitischer Exzesse krawallüchtiger Elemente gemacht wird."

+ + +  
Silberdiebstahl. In Köln wurden aus dem Auto eines Pforzheimer Silberwarenfabrikanten eingebaute Koffer mit Mustern im Werte von 6 000 Mark geraubt.

+ + +  
Explosion. Bei einer Kohlenstaubexplosion in der Brikettfabrik der Zeche Alstaden bei Oberhausen (Rheinland) wurde ein Arbeiter getötet; vier Arbeiter erlitten Verletzungen.

+ + +  
Panzerkreuzer gesunken. Der spanische Panzerkreuzer "Blas de Lezo" (4725 t) ist beim Kap Finistere (nordspanische Ozeanküste) auf eine Klippe gestossen, leck geworden und gesunken. Menschenleben sind nicht zu beklagen. Der Panzerkreuzer war 1923 vom Stapel gelaufen.

+ + +  
Die Früchte! In dem westfälischen Ort Heeren-Werve versteckte ein nationalsozialistischer Arbeiter seinen Revolver im Bett seines vierjährigen Kindes. Durch einen kleinen Anstoss ging die Waffe los. Dem Kind wurden beide Beine durchschossen.

+ + +  
Feuersbrunst. In Virchenzien (Pommern, Krs. Stolp) brannten fünfzehn Gebäude nieder. Ursache: Kinder hatten mit Streichhölzern gespielt...

+ + +  
Diamond Mörder. McCarthy, der seit langem gesuchte Mörder des amerikanischen Schmugglerkönigs Jack Diamond, fiel in einem Feuergefecht mit der Polizei in dem Augenblick, als er verhaftet werden sollte.

+ + +  
Um 20 Pfennige. Das Schwurgericht Frankfurt/Main verurteilte einen Angeklagten, der sich wegen Einbruchs zu verantworten hatte, zu einem Jahr Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte gegen den Angeklagten, dem nur eine Beute von 20 Pfennigen in die Hände gefallen war, 2 Jahre Zuchthaus beantragt!

# **emerkhaftliche Kündschau** ✖

Thema, Thema, Herr Hitler!

---

SPD.Lügen haben kurze Beine, und die Hitlerleute sind daher zur Zeit in tödlicher Verlegenheit. Sie wissen nicht recht, mit welchem Dreh sie an die Wähler herankommen sollen. Ueber die Papenregierung, über die Regierung des Rentenabbaus, über die Regierung, die in Lausanne mit Versailles Schluss machen wollte, und mit einer neuen Belastung von drei Milliarden nach Hause kam, möchten die Hitlerleute am liebsten gar nicht sprechen; denn die Papenregierung ist ja ihre Regierung. Die Herren der Wilhelmstrasse und die der Braunen Häuser grüssen sich zwar nicht Unter den Linden, aber hinter den Kulissen arbeiten sie in trauter Freundschaft zusammen. Sonst wäre ja das SA-Verbot nicht aufgehoben, sonst wäre ja Deutschland nicht mit einer neuen Besetzung, diesmal mit einer braunen Besetzung, wie die Rheinländer sagen, beglückt worden. Der Erzdemagoge Goebbels besitzt zwar die Frechheit, vor der Oeffentlichkeit so zu tun, als ob Hitler mit der Papenregierung gar nichts zu tun habe, aber von dieser Dreistigkeit versprechen sich die Erzschemel selbst nur wenig Wirkung.

Was sollen sie tun? Zum Thema wollen sie nicht sprechen, können sie nicht sprechen, zum Thema der deutschen Not, zum Thema der neuesten und allerneuesten Notverordnungen, der Notverordnungsjacken, des Rentenabbaus, der Arbeitslosenunterstützungskürzung, zum Thema des Lohndrucks der Naziarbeitgeber. Und deshalb tauchen jetzt plötzlich an den Plakatsäulen in Stadt und Land wieder einmal die alten Lügen auf, mit denen die Hugenberger seit mehr als zehn Jahren hausieren gegangen sind. Herr Hitler spricht von der Friedensresolution des Jahres 1917, vom Munitionsarbeiterstreik im Januar 1918, von der "Marinemeuterei" kurz vor dem Zusammenbruch - mit einem Wort, er spricht vom "Dolchstoß" und anderen ähnlichen ollen Kamellen. Mit der dummen Lüge, das Volk, das verhungernde Volk in der Heimat und das verblutende Volk an der Front, habe den Krieg verloren, nicht aber eine blödsinnige politische und militärische Kriegsführung - mit dieser dummen, ekelhaften Lüge will Hitler im Wahlkampf Stimmen werben. Wir wünschen ihm Glück.

Hitler leidet gewiss an Grössenwahn. Sicher hält er sich für einen neuen Napoleon. Aber mit Napoleon hat er nur in einem Punkt eine gewisse Aehnlichkeit. Napoleon war der erste, der die Presse als politische Grossmacht erkannt hat, und Hitler war der erste, der die Dummheit der Menschen als politische Grossmacht entdeckte. Er ist fest davon überzeugt, dass man den Deutschen auf politischem Gebiet jeden Blödsinn vorsetzen kann, und bisher hat er tatsächlich ja auch mit seiner Spekulation auf die, die nicht alle werden, einen Erfolg erzielt. Aber alles im Leben nützt sich ab, vielleicht selbst die Spekulation auf die Vertrauensseligkeit und Leichtgläubigkeit des deutschen Michels. Vielleicht ist das Volk zur Stunde doch nicht mehr so leicht an der Nase herumzuführen. Vielleicht ist es doch schon etwas hellhörig geworden. Vielleicht ist es sogar der Ansicht, dass es besser wäre, wenn im Wahlkampf zu den Sorgen und Plagen und Fragen der Stunde gesprochen würde. Vielleicht weiss das Volk viel besser Bescheid als Herr Hitler., warum der Krieg verloren wurde. Vielleicht weiss auch das Volk, wo es zur Zeit der Schuh drückt.

Das Thema der Stunde, die Frage aller Fragen, das Problem aller Probleme

ist der Schrei nach Arbeit, nach Vermehrung von Arbeit, nach einer gerechten Verteilung der vorhandenen Arbeit. Jeder will leben - das ist das Hauptthema, und nicht ein Gezänk über die Dummheiten Ludendorffs und die Feigheit des Kaisers. Die können uns alle beide gestohlen bleiben. Und bei dem Thema Arbeit gibt es Punkte, zu dem die Hitlerleute und die Hitlerbarone allen Anlass hätten, sich sehr rasch und sehr deutlich zu äussern. Da ist zum Beispiel die grosse Frage der Arbeitszeitverkürzung. Im Vorbild der Hitler, im faschistischen Italien, ist man zur Zeit dabei, von den Gewerkschaften - jawohl von den Gewerkschaften - zu lernen, von denselben Gewerkschaften, die angeblich an allem Unglück in der Welt schuld sein sollen. Im faschistischen Italien geht jetzt der Faschismus bei den freien Gewerkschaften in die Schule. Dort hat sich das Zentralblatt der faschistischen Gewerkschaften für den Vorschlag auf radikale Herabsetzung der Arbeitszeit bis zu 36 Stunden und eine Entlohnung dieser 36 Stunden wie bei 48 ausgesprochen. In Deutschland, wo die Hitlerbarone regieren, denkt man gar nicht daran, aus der Not auch einmal eine Tugend, d.h. aus der Kurzarbeit einen Hebel zur Entlastung des Arbeitsmarktes zu machen. Hier kommt die Regierung mit dem faulen Zauber von Kurzarbeitsausschüssen, die nach der Anweisung des Präsidenten der Reichsanstalt an die Landesarbeitsämter "lediglich als eine zwanglose Arbeitsgemeinschaft aller interessierten sachkundigen Stellen gedacht" sind. Dafür spricht Herr Hitler bei uns im Wahlkampf über den Munitionsarbeiterstreik des Jahres 1918, über den "Dolchstoss" und ähnliche Dinge aus ferner, ferner Zeit.

Das Volk muss sich diese Dreistigkeit, die Wähler über die wichtigsten und brennenden Fragen des Augenblicks, über die Frage der Arbeit, über die Frage der Unterstützungskürzung, über die Frage des Abbaues des Wohlfahrtsstaates hinwegzutäuschen, aufs entschiedenste verbitten. Im Wahlkampf muss zum Thema gesprochen werden, zum Thema der deutschen Not, zur Not der Stunde, Beim Thema bleiben, Herr Hitler!

-----

SPD. "Wählt Hitler" - für 4 Pf. Stundenlohn! In 48 Stunden a 4 Pfg. = 1,92 Mark, in Worten: Eine Mark und zweiundneunzig Pfennig, hat ein Jungarbeiter in dem Kalkwerk Adolf Willikens in Oker am Harz, in einer vollen Arbeitswoche verdient. Unter Abzug der sozialen Beiträge verbleiben dem Aermsten noch 1,18 Mark.

Es ist kein Scherz! Als treuer Anhänger Hitlers hat der Arbeitgeber mehrere Wochen vor der Wahl auf jeden Lohnbeutel eine Nazi-Werbemarke kleben lassen, um auch nach aussen hin zu dokumentieren, wessen Geistes Kind er ist.

Wehe - wenn es den Arbeiterfeinden gelingt die Gewerkschaften zu vernichten! Dann wird das Dritte Reich ein Paradies für die Blutsauger werden. Das darf nicht eintreten!

Gebt den Lohnräubern die richtige Antwort. Die Reichstagswahl steht vor der Tür!

Keine Stimme der 4 Pfennig Partei!

Nieder mit den Nazis!

Wählt Liste I

der Sozialdemokratischen Partei!

-----

# Wirtschaft Technik Handel

Hände weg von der Margarine!

Von Dr. F. Baade, Berlin.

SPD. Immer dringender stellen gewisse landwirtschaftliche Kreise an die Regierung die Forderung, eine Verteuerung der Margarine durchzuführen. In ihrem ureigensten Interesse müssen jedoch die landwirtschaftlichen Erzeuger, gerade die Erzeuger von bäuerlichen Veredelungsprodukten mit aller Entschiedenheit verlangen, dass die Regierung ihr Ohr allen Einflüsterungen verschliesst, welche aus missverstandenen Prestigebedürfnis oder aus Gedankenlosigkeit in angeblichem bäuerlichen Interesse eine Margarineverteuerung empfehlen.

Der Kleinhandelspreis für Margarine und zwar für die Sorten, die von den grossen Massen der Margarineverbraucher infolge ihres niedrigen Einkommens überwiegend gekauft werden müssen, beträgt gegenwärtig etwa 40 Rpf., der Kleinhandelspreis für Butter dagegen RM 1,30 bis 1,40. Selbst wenn durch Zölle auf die Margarinerohstoffe oder durch eine Verbrauchssteuer der Margarinepreis auf das doppelte gesteigert würde - eine Verteuerung, welche aus sozialpolitischen Gründen selbst die verbraucherfeindlichste Regierung wohl kaum riskieren würde -, so ist trotzdem der direkte Nutzen für den Butterverbrauch gleich null. In keiner Familie, die bisher wegen ihrer Armut Margarine zu 40 Rpf. das Pfund verzehren musste, wird wegen der Verteuerung der Margarine auf 80 Rpf. auch nur ein Gramm Butter mehr gegessen.

Wir müssen hier von zwei typischen Fällen ausgehen, sowie sie im täglichen Leben zu Millionen vorkommen. Der eine Fall ist die Familie des Arbeitslosen, in der überhaupt nur Margarine gegessen wird. Das Familieneinkommen eines Arbeitslosen oder Kurzarbeiters kann, selbst wenn das eine oder andere Familienmitglied noch etwas Beschäftigung hat, auf höchstens 20 Mark wöchentlich veranschlagt werden. Von diesen 20 Mark müssen mindestens  $\frac{3}{4}$ , d.h. RM. 15,- für die Ernährung ausgegeben werden, die überwiegend aus Kartoffeln, Brot, Margarine, sehr selten aus einem Stück Fleisch, sehr wenig Zucker, sehr wenig Milch, Obst und Gemüse usw. besteht. Der Fettverbrauch wird gegenwärtig bei einer solchen Familie von 4 Köpfen durch 4 Pfund Margarine, (oder Schmalz) wöchentlich zu 40 Rpf. je Pfund, gedeckt, was zusammen RM 1,60 erfordert. Verteuert man die Margarine von 40 auf 80 Rpf je Pfund, so müssen für dieses Existenzminimum an Fetten, welches für die Erhaltung der Gesundheit unentbehrlich ist, nicht RM 1,60, sondern RM 3,20 wöchentlich ausgegeben werden. Das Einkommen ist aber sowieso auf die allernötigsten Dinge beschränkt. Die Mehrausgabe für Margarine kann nur dadurch hereingebracht werden, dass auf das letzte Stück Fleisch, auf Gemüse und Obst, auf den Zucker, auf die Milch für die Kinder verzichtet wird. Der deutsche Landwirt hat daher nicht die geringste Veranlassung, bei einer solchen Elendsentwicklung schadenfroh dabeizustehen. Denn im Endeffekt kostet sie sein Geld, da schon die heutige Produktion an Milch, Gemüse, Obst, Fleisch usw. nur zu Verlustpreisen unterzubringen ist.

Fast noch deutlicher wird die Schädigung der Landwirtschaft bei einer etwas besser situierten Familie, d.h. bei der Familie des noch beschäftigten Arbeiters, des kleinen Angestellten, des unteren Beamten, in welcher je nach der Einkommenshöhe der Fettbedarf zum Teil durch Margarine, z.T. durch But-

Butter gedeckt wird. Nehmen wir hier den verhältnismässig günstigen Fall an, dass in der betr. Familie der Fettbedarf in einer bestimmten Zeit bisher aus 3 Pfund Margarine (oder Schmalz) zu 50 Rpf. (bessere Qualität) und 1 Pfund Butter zu RM 1,30 bestand, so dass insgesamt  $3 \times 50 = 1,50 + 1,30 = \text{RM } 2,80$  für Fett ausgegeben wurden. Wird die Margarine nun beispielsweise auf 90 Pfg je Pfund verteuert, so kosten die unentbehrlichen 3 Pfund Margarine RM 2,70 statt bisher RM 1,50. Es besteht nun keinerlei Möglichkeit mehr, Fett in Gestalt von Butter zu verzehren. Die Familie muss auf den Buttergenuss völlig verzichten und wird künftig 4 Pfund Margarine verzehren, die nunmehr aber RM 3,60 kosten gegenüber RM 2,80, die vorher für 3 Pfund Margarine und 1 Pfund Butter ausgegeben wurden.

Der Effekt für die deutsche Landwirtschaft ist also der, dass eine weitere Familie auf den reinen Margarineverbrauch abgedrängt wurde, dass der deutsche Buttermarkt ein weiteres Stück an Absatzmöglichkeit verloren hat und dass diese Familie sogar darüber hinaus einen Betrag von RM 0,80 im Verbrauch von anderen Nahrungsmitteln, Fleisch, Milch, Obst, Gemüse, Zucker einsparen muss. Jede Vertauierung der Margarine und der Margarinerohstoffe schädigt also zwar direkt den Verbraucher, indirekt aber die deutsche Landwirtschaft. Der Verbraucher ist bereits heute in den meisten Fällen so verarmt, dass der auf ihn ausgeübte Druck sich durch Preiszusammenbrüche der landwirtschaftlichen Erzeugnisse auf dem schnellsten Wege bis zum letzten Glied in der Kette, nämlich auf den deutschen Landwirt und zumal den Erzeuger von tierischen Produkten weiterwälzt.

Ein Zoll auf Margarinerohstoffe ist also nicht nur eine Brutalität gegenüber den Ärmsten der Armen, sondern ein reiner Finanzzoll, der letztenendes von der bäuerlichen Veredelungswirtschaft getragen wird. Das gleiche gilt von der Margarinesteuer. Wenn aber ganz kluge Leute auf die Idee kommen sollten, für den Landwirt doch noch einen Nutzen herauszurechnen, indem der Ertrag dieses Zolles oder dieser Steuer für landwirtschaftliche Subventionen (Stützung des Buttermarktes oder Stützung des Schlachtviehmarktes) verwandt werden soll, so sind sie erst recht auf dem Holzwege. Eine Vertauierung der Margarine um 40 Pfg je Pfund macht beim heutigen Margarineverbrauch einen Betrag von rund 1/2 Milliarde Reichsmark aus. Die Landwirtschaft würde sich schönstens bedanken, wenn jemand den Vorschlag machen würde, zur Stützung der landwirtschaftlichen Märkte 1/2 Milliarde Subventionen auszugeben, aber in der Weise, dass die Landwirte selbst durch eine Sondersteuer diese Subvention aufbringen müssen. Der Verkaufswert der deutschen landwirtschaftlichen Produktion ist infolge des Kaufkraftzusammenbruchs der Verbraucher schon von 9,3 Milliarden RM (1928/29) auf 6,6 Milliarden RM (1931/32), also um rund 2,7 Milliarden Mark geschrumpft. 1,5 Milliarden Mark entfallen dabei allein auf den Zusammenbruch der Viehpreise infolge der Kaufkraftschrumpfung. Wer es gut mit der Landwirtschaft und insbesondere mit der bäuerlichen Veredelungswirtschaft meint, muss sich daher mit aller Energie gegen jedes Abenteuer in der Margarinewirtschaft wenden.

---

SPD. Der Tod des "Unbekannten Diktators", des tschechischen Schuhfabrikanten Thomas Bat'a erinnert an das Ende des internationalen Spekulanten Löwenstein, der im Sommer 1928 aus seinem Privatflugzeug in den englischen Kanal abstürzte. Der Tod Löwensteins, der sich in gigantischen Kunstseiden- und Elektrizitätsgeschäften hoffnungslos verspekuliert hatte, gilt als Signal, als Auftakt der Weltwirtschaftskrise. Diese Krise hat mit manchen unbekanntem Diktatur aufgeräumt. Nun gesellt sich zu Löwenstein und Ivar Kreuger der Tscheche Thomas Bat'a aus Zlin in Mähren. Auch Bat'a hat zweifellos in letzter Zeit unter Finanzschwierigkeiten gelitten, wenn auch die Tatarenmeldungen, die die Konkurrenz Bat'as in die Zeitungen aller Länder zu lancieren wusste, sicher nicht den Tatsachen entsprechen. Bat'a hat allerdings seinen Belegschaftsstand, der

in der besten Zeit 30 000 Menschen ausmachte, um ein Drittel vermindern müssen. Die ungeheuren Läger, die Exportdrosselung haben ihm Riesenverluste geschlagen. Aber Bat'a arbeitete vorzugsweise mit Regierungsgeld und bei dem Verhältnis der tschechischen Regierung zu Thomas Bat'a kann man auch noch heute annehmen, dass die tschechische Regierung den unbekanntem Diktator, der eine der wichtigsten tschechischen Exportindustrien verkörperte, nicht hätte fallen lassen. Wie der Tod Bat'as die Situation beeinflusst, lässt sich heute nicht erkennen.

Bat'a ist regelrecht der Weltwirtschaftskrise, der Verarmung Europas und den protektionistischen Strömungen unterlegen. Im Fall Bat'a stellt sich die Tragödie der Welthandelsschrumpfung dar. Bat'a war so kühn, seine Produktion in Zlin, seinen ganzen Vertriebsapparat auf den Reichtum der Konjunkturjahre, die nun schon weit hinter uns liegen, abzustellen. Heute fehlt der Absatz für diesen riesigen Apparat. Das war der eine Fehler. Der zweite Fehler Bata'a bestand wohl darin, dass er den Kampf auf dem Weltmarkt einzig und allein mit Lohnunterbietungen aufnahm. Diese Methode konnte nur im Anfange Erfolg bringen. Nach den ersten Ueberraschungen auf den von Bat'a angegriffenen Schuhwarenmärkten zeigte sich, dass z.B. die deutsche Schuhindustrie gegenüber Bat'a durchaus wettbewerbsfähig war. In der Qualität war die deutsche Schuhindustrie Bat'a immer überlegen. Später erreichte die deutsche Schuhindustrie auch eine Preisstellung, an die Bat'a nicht mehr ran konnte. Wenn z.B. der tschechische Schuhexport nach Deutschland immer weiter zurückgeht, so ist das nicht nur auf Krise und Zoll zurückzuführen. Die Tatsache zeigte sich auch in anderen Ländern. So war Bat'a in den letzten Jahren ein Mann, der die Phantasie breiter Volksschichten, z.T. infolge einer riesigen Propaganda, in der Thomas Bat'a immer Fachmann war, mehr beschäftigt als die Wirtschaft. Aber wir wollen in diesem Zusammenhang auch erwähnen, dass Bat'a in vielen Ländern erst Bresche in eine übersteigerte und überhöhte Preisstellung schlug. Die Schuhreparaturkosten in Berlin wurden erst nachhaltig durch Bat'a gedrückt, der bei Beginn seiner grossen Offensive im vorigen Jahr, die darauf abzielte, den Berliner Markt für den tschechischen Export zu erobern, zunächst Schuhreparaturstätten anlegte, die äusserst billig arbeiteten. Diesen billigen Preisen haben sich die Berliner Firmen im grossen und ganzen angepasst.

Wer jemals die Stammfabriken Bat'as in Zlin gesehen hat, der nahm wohl den Eindruck mit, dass es sich bei diesem Bat'a und seinem Werk, trotz moderner Arbeitsmaschinen und Fließbänder, um ein Stück dunkelsten Frühkapitalismus handelt. Das gilt vor allem für die Bat'asche Methode, das Unternehmerrisiko auf Arbeiter und Angestellte abzuwälzen. Der unbekanntem Diktator hat auf diesem Gebiet eine geradezu phantastische Findigkeit entwickelt und wenn man den deutschen Arbeiter heute immer erzählt, dass es gut sei, dass es sogar notwendig wäre, die Produktion von den sozialen Schutzgesetzen zu befreien, so kann die Bat'asche Wirtschaft in Zlin nur warnen. Bat'a hat in Zlin wirklich europäisches Sklavenleben entstehen lassen und der deutsche Arbeiter hat alle Ursache, schon den Anfängen zu wehren, die ihm die nationalsozialistische Agitation mundgerecht machen will.

Soweit die Produktion in Frage kommt, verband Thomas Bat'a die deutsche Arbeitsmaschine, von der er überhaupt in seiner Produktion ausgegangen ist, mit dem amerikanisierten Fließband. Dazu kam eine Arbeiterschaft, die im Sklavengehorsam der alten österreichischen Armee gehalten war. Wenn man durch die Arbeitsstätten in Zlin ging, hatte man das Gefühl, dass jeder dieser Bauernproleten, die hier für Salz und Kartoffeln arbeiten, unsichtbar noch die Militärmütze der Kriegszeit trug. Nicht umsonst hatte Thomas Bat'a für seine Stammwerke Zlin ausgesucht. Einen vergessenen Winkel im tschechischen Mähren, wo die Bevölkerung weder lesen noch schreiben kann. Bat'a, angeblich der grosse Philantrop, hat nichts getan, an diesen Zustand zu ändern. Die Gewerkschaften wurden mit Gewalt abgehalten. Wenn die Beauftragten der Gewerkschaften

ten nach Zlin kamen, dann taten sie klug, sich vorher den Revolver eingesteckt zu haben. In Zlin musste man mit allen möglichen Ueberraschungen rechnen. In Zlin war der unbekannte Diktator Bürgermeister und damit der Mann, der auch die politischen Dinge bestimmte. Gewählt wurde, wie es Thomas Bat'a haben wollte, und der war immer für die Regierung, weil sie Subventionen gab. Das ganze war garniert von einer Art puritanischer Arbeitsphilosophie. In Sprüchlein und Verslein, meist von dem unbekanntem Diktator selbst fabriziert - sie hingen überall in den Fabrikräumen, bis in die Toiletten hinein - sang man den Segen der Arbeit. Den hat allerdings nur Thomas Bat'a erfahren. Seine Fließbandproleten nicht. Ihnen ging's und geht's heute noch hundsmiserabel.

Die ganze Arbeit in Zlin war auf billigen Export eingestellt. In Deutschland drang Thomas Bat'a in grösserem Ausmass ein, als er einige Schuhvertriebsgesellschaften u.a. die bekannte "Romeo" erwarb. Infolge der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Schuhindustrie blieb der erste Anhub mit der "Romeo" stecken. Im vorigen Jahr wurde ein neuer Feldzugplan bekannt, der vor allem dahin ging, die grossen Industriezentren in Deutschland für Bat'aschuhe zu erobern. Zu diesem Zwecke wurde in Berlin die Deutsche Schuh-A.G. Bat'a gegründet. In Oberschlesien, in Ottmuth, begann man mit der Errichtung einer grösseren Fabrik. Die Schuh-A.G. dürfte in Berlin etwa 5 bis 6 Filialen unterhalten. Im Reich soll die Zahl der Bat'afilialen 160 betragen. Jedoch fehlt jede Möglichkeit, diese Angabe zu überprüfen. Mit den Gewerkschaften hat Thomas Bat'a in Deutschland dasselbe Spiel versucht wie in Zlin. Er hat die Betriebsräte herausgegraut, hat die Belegschaften vermindert, stellte Jugendliche ein, um keinen Betriebsrat dulden zu müssen. Für dieses Ziel nahm er jede Verurteilung vor den deutschen Gerichten hin und liess sich seinen Kampf gegen die "Roten" eine hübsche Stange Geld kosten. Erfolg hat er aber in seinem Kampf gegen die Gewerkschaften nicht gehabt. Sie zeigten ihm die Faust und zwangen ihn, die deutschen Sozialgesetze anzuerkennen.

SPD. Die "Viehwirtschaftliche Korrespondenz", die von ultra-radikalen Agrarzeitungen viel benutzt wird, wendet sich gegen den, von gewissen Kreisen der Landwirtschaft geforderten Beimischungszwang von Butter zur Margarine mit folgenden Argumenten, die für sich selbst sprechen:

"1.) Eine solche Beimischungsverordnung ist zwecklos; denn Mischbutter, die teils aus Margarine und teils aus Butter hergestellt ist, hält sich nicht länger als einen Tag. 2.) Ehe man Butter und Margarine mischt, soll man sie lieber gleich zu Seife kochen oder zu Stiefelschmiere verwenden."

Das ganze zeigt, wie gedankenlos derartige Forderungen nach Zwangsbeiwirtschaftung und Kriegssozialismus aufgestellt werden. Wundern muss man sich überhaupt über die Nationalsozialistische Partei, die sich Arbeiterpartei nennt und diese Vorschläge unterstützt, nach denen der Arbeiter statt Fett Stiefelschmiere erhält.

#### Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 12. Juli. Amtliche Notierung ab Erzeugung, Fracht und Gebindegehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 106, II. Qualität 96, abfallende Sorten 89 RM je 50 kg. Tendenz: stetig.



SPD. Der Bericht der Vereinigten Stahlwerke für das zweite Vierteljahr 1932 klingt nicht mehr ganz so trostlos wie die letzten Mitteilungen. Der Umsatz hat sich im zweiten Vierteljahr 1932 erhöht. Die Zahl der Arbeiter ist gestiegen. Aber man weiss nicht, ob man die eingetretene Entlastung nach der Seite einer Konjunkturbesserung auslegen darf. Der gestiegene Umsatz dürfte in erster Linie auf Russenbestellungen beruhen. Hier weiss man nicht, was schon die nächste Zukunft bringt, ob die Russen imstande sein werden, auch weiterhin ins Gewicht fallende Bestellungen zu machen. Im übrigen muss man die gering gestiegene Belegschaft gegenüber dem gestiegenen Umsatz berücksichtigen. Es ergibt sich hier ein äusserst schlechtes Verhältnis, das zeigt, wie sehr die gerade in der Schwerindustrie vorgenommene Ueberrationalisierung einer Besserung der Arbeitsmärkte der Schwerindustrie entgegensteht.

Gegenüber dem ersten Vierteljahr 1932 ist im zweiten Vierteljahr die Rohstahlerzeugung von rund 512 000 Tonnen auf über 601 000 Tonnen gestiegen. Die Kohlenförderung hat sich nur um etwa 70 000 Tonnen auf 3,43 Millionen Tonnen verringert; die Kokserzeugung ist mit 955 000 Tonnen im grossen und ganzen gleich geblieben. Dasselbe gilt für die Roheisenproduktion, die mit 517 000 Tonnen angegeben wird. Die Zahl der Arbeiter ist von 82 465 Ende März 1932 auf 83 287 Ende Juni 1932 gestiegen; sie betrug allerdings Ende Juni 1931 = 102 924. Bei den Angestellten hält der Abbau an. Die Zahl der Angestellten, die Ende Juni 1931 noch 14 042 betrug, verringerte sich weiter und zwar von 12 084 Ende März 1932 auf 11 601 Ende Juni 1932. Diese Belegschaft bewältigte im zweiten Vierteljahr 1932 einen Umsatz von 129 Millionen Mark gegenüber 117 Millionen Mark im ersten Vierteljahr. Der Umsatz nach dem Ausland stieg von 37 Millionen auf über 51 Millionen Mark. Der Auftragsbestand wird für den 30. Juni 1932 mit 49 Prozent des entsprechenden Auftragsbestandes im Monatsdurchschnitt des Geschäftsjahres 1930/31 angegeben.

---

### Berliner Viehmarkt.

(12. Juli)

SPD. Der Handel hat sich auf dem Viehmarkt am Dienstag wieder normal gestaltet. So waren die Zufuhren auf allen Märkten reichlich ausgefallen. Dem passte sich die Preisbildung an, die am letzten Markt noch durch das nicht ausreichende Angebot beeinflusst worden war. Der Dienstagmarkt hatte z.B. einen Schweineauftrieb von über 13 000 Tieren gegenüber 10 000 Tieren am Freitag. Die Preise gaben durchweg nach, teilweise bis zu 3 und 4 Pfennigen pro Pfund Lebendgewicht.

Notierungen: Schweine: a) (über 300 Pfund) -(-), b) (240-300 Pfd.) 39 - 41 (42-45), c) (200-240 Pfd.) 38 - 40 (40-45), d) (160-200 Pfd.) 35-37 (38-42), e) (120-160 Pfd.) 30-33 (33-37), Sauen 34 - 36 (40). Kühe: a) 24-27 (27-29) b) 22-23 (24-26), c) 16-20 (18-22), d) 10-15 (12-17). Kälber: b) 34-40 (37-43), c) 28-35 (30-38), d) 20-25 (20-28). Schafe: b) 31-33 (35-37), c) 27-30 (30-34) d) 15-25 (18-28).

---

### Gemüsemarkt.

SPD. Amtliche Grosshandelspreise in der Berliner Zentralmarkthalle vom 12. Juli, RM je 50 kg einschliesslich Fracht, Spesen und Provision). Weisskohl hiesiger 50 kg 2-4, do. Berliner Gärtnerware 3-4, Wirsingkohl hiesiger Ia 3-4, do. Berl. Gärtnerware 3-5, Rotkohl hies. 6-8, do. Berlin: Gärtnerware 7-9, Blumenkohl Ia 100 Kopf. 14-18 je nach Grösse, do. Suppen 4-7.

## Weitere Preisabflachung.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Juli)

SPD. Die Berliner Produktenbörse verkehrte am Dienstag in recht matter Haltung. Besonders flau war die Stimmung für prompten Weizen. Das Angebot darin ist reichlicher und recht dringlich geworden, während die Kaufneigung der Mühlen sehr zusammengeschrumpft ist. Selbst zu nachgebenden Preisen fand die Ware wenig Interesse. Dementsprechend musste die Notiz für prompten Weizen um 3 Mark herabgesetzt werden, während Weizen zur Julilieferung am Markte der Zeitgeschäfte 5 Mark niedriger notierte. Auch Weizen zur Herbstlieferung hatte nur geringes Interesse, sodass auch hier die Notierungen um 1 bis 2 Mark niedriger lauteten. Weniger angeboten war prompter Roggen. Soweit Ware noch auf den Markt kommt, fand sie bei den Provinzmühlen glatte Aufnahme. Die Notiz für prompte Ware ging um 3 Mark zurück, während am Markte der Zeitgeschäfte die Kurse um etwa 2 bis 3 Mark niedriger lauteten. Das Mehlgeschäft hielt sich weiter in engsten Grenzen. Promptes Weizenmehl sowie Weizenmehl zur Herbstlieferung waren schwer verkäuflich, obwohl die Offerten etwas niedriger lauteten. Roggenmehl hatte bei unveränderten Preisen kleines Konsumgeschäft. Für Hafer war der Markt gleichfalls schwach veranlagt. Die Forderungen der Eigner waren bei den Konsumenten nur schwer durchzusetzen. Auch in neuer Wintergerste hielt sich die Geschäftstätigkeit in engsten Grenzen.

	<u>11.7.</u>	<u>12.7.</u>
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	240 - 242	237 - 239
Roggen	183 - 185	181 - 183
Futtergerste	158 - 170	155 - 168
Hafer	158 - 162	156 - 161
Weizenmehl	30,50 - 34,25	30,25 - 33,90
Roggenmehl	25,60 - 27,40	25,50 - 27,25
Weizenkleie	10,75 - 11,00	11,00 - 11,40
Roggenkleie	10,00 - 10,50	10,25 - 10,60

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Juli 246 - 247, September 225, Oktober 225½ - 226, Dezember 227½. Roggen Juli 182-180½, September 177½-177½, Dezember 179½. Hafer Juli 165-167, September 147, Dezember 153.

### Rauhfutternotierungen.

(12. Juli)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	..... Rll	1,15	-	1,35
" " Weizenstroh "	..... Rll	0,85	-	0,95
" " Haferstroh "	..... Rll	0,75	-	0,85
" " Gerstenstroh <u>neues</u> "	..... Rll	0,65	-	0,75
Roggen=Langstroh, 2 mal mit Stroh gebündelt	..... Rll	1,15	-	1,40
Bindfadengepresstes Roggenstroh	..... Rll	1,--	-	1,20
" " Weizenstroh	..... Rll	0,80	-	0,95
Häcksel Tendenz still	..... Rll	1,60	-	1,90
Gutes Heu, gesund und trocken alt	..... Rll	2,00		
" " " " " neu	..... Rll	1,30		
Luzerne, lose	..... Rll	1,80	-	2,20
Thymothee, lose	..... Rll	1,90	-	2,20
Kleeheu, lose	..... Rll	1,70	-	2,10
Drahtgepresstes Heu Tendenz ruhig.	..... Rll	0,40	über	Notiz.